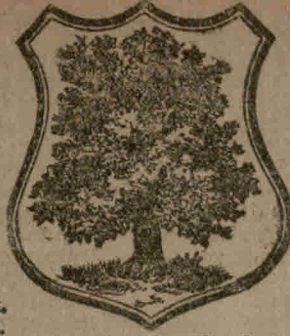


Waldenburger



Wochenblatt.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis vierteljährlich M. 3,10, monatlich M. 1,05 frei ins Haus. bei Zustellung durch den Briefträger tritt hierzu noch das Bestellgeld.

Verantwortlicher Hr. S.

Inseratenannahme bis spätestens mittags 12 Uhr. — Preis der ein-spaltigen Zeile für Inserenten aus Stadt u. Kreis Waldenburg 20 Pf., von auswärts 25, Vermietungen, Stellengesuche 15, Kleinamteil 50 Pf.

Täglich erscheinende Zeitung für den Waldenburger Industriebezirk und seine Nachbarbezirke.

Publikationsorgan der städtischen Behörden von Waldenburg, sowie der Amts- und Gemeindevorstände von Ober Waldenburg, Dittersbach, Nieder Hermersdorf, Seifendorf, Neuhendorf, Dittmannsdorf, Lehmhagen, Börsgrund, Neu- und Altbahn und Langwattsdorf.

Wichtige Beschlüsse der Reichskonferenz.

Wilson verspricht schnelle Hilfe.

Berlin, 25. November. (WZB.) Die deutsche Regierung hat durch Vermittlung der schweizerischen Regierung in der Frage der Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln nachstehende Antwort des amerikanischen Staatssekretärs Lansing erhalten:

In einer gemeinsamen Sitzung der beiden Häuser des Kongresses vom 11. November hat der Präsident der Vereinigten Staaten erklärt, daß die Vertreter der verbundenen Regierungen im obersten Kriegsrat in Versailles in einem einstimmig gefaßten Beschluß den Völkern der Mittelmächte zugesagt hätten, daß alles unter den gegenwärtigen Umständen Mögliche getan werden solle, um sie mit Nahrungsmitteln zu versehen und um die traurige Not zu erleichtern, die an so viel Orten ihr Leben bedroht, und daß sofort Schritte unternommen werden sollen, dieses Hilfswort in derselben Weise systematisch zu organisieren, wie dies im Falle Belgiens geschehen ist. Der Präsident gab ferner der Ansicht Ausdruck, daß es sich durch Verwendung der brachliegenden Ländereien der Mittelmächte alsbald ermöglichen lassen sollte, der bedrängten Bevölkerung der Mittelmächte die Furcht vor dem äußersten Elend zu nehmen und ihr Gelegenheit zu geben, ihre Aufmerksamkeit und ihre Kräfte den großen gefährlichen Aufgaben des politischen Neubaus zu widmen, denen sie jetzt überall gegenübersteht. In diesem Sinne beauftragt mich der Präsident zu erklären, daß er bereit ist, die Versorgung Deutschlands mit Nahrungsmitteln in günstigem Sinne zu erwägen und diese Frage mit den verbündeten Regierungen sofort aufzunehmen, vorausgesetzt, daß er die Versicherung erhält, daß in Deutschland die öffentliche Ruhe aufrecht erhalten wird und auch weiterhin aufrecht erhalten bleibt und daß die gerechte Verteilung der Nahrungsmittel unzweifelhaft garantiert wird.

Rundgebung des deutschen Frontheeres.

Krefeld, 25. November. (WZB.) Nachstehendes Telegramm wurde heute an den Reichskanzler Ebert gesandt:

In Berlin wird das Gerücht verbreitet, die 4. Armee nehme den Kampf gegen die Revolution auf. Wenn unter „Revolution“ die Diktatur der Minderheit der Volksgewählten verstanden wird, so deckt sich das Gerücht mit den Tatsachen. Die politischen Ziele der 4. Armee stimmen bei solcher Auslegung dann auch mit dem Programm der Regierung, vertreten durch Ebert und Haase, überein. Die 4. Armee hat in ihrem von den Delegierten der einzelnen Truppenteile einstimmig angenommenen Programm den Satz niedergelegt:

Die Armee bekämpft mit allen Mitteln jeden Versuch, eine Diktatur zu errichten, sei sie monarchischer oder terroristischer Natur. Die Armee erwartet von allen Behörden und Kommandostellen tatkräftige Unterstützung der Regierung des Reichskanzlers Ebert. Der Soldatenrat der 4. Armee spricht im Namen von 500 000 Frontsoldaten, nachdem die Delegierten der einzelnen Frontverbände in der gestrigen Sitzung in Krefeld dem Vorsitzenden Ludwig Lewinsohn ihre uneingeschränkte Zustimmung gegeben haben. Der

Soldatenrat mußte schwer kämpfen, um den Rückmarsch in geordnete Bahnen zu leiten. Er wurde gegen seinen Willen auf politisches Gebiet gedrängt und wendet sich gegen die Machenschaften der Leute, die auf dem besten Wege sind, den Feind ins Land zu rufen. Möge sich die Revolution der Welt in manchen Köpfen mit Idealen konstruieren lassen, wer am Feinde stand, muß sich sagen, daß die Weltanschauung der Entente augenblicklich noch dem Materialismus huldigt. In unmittelbaren Rundgebungen von uns wurde dem Reichskanzler klargelagt:

Die Front will der Regierung zur Seite stehen, aber sie verlangt, in Berlin gehört zu werden. Wer die Heimat Erde verteidigt hat, läßt es nicht tatenlos geschehen, daß ohne sein Zutun über sein Schicksal entschieden wird. Dies ist billiges Recht, nicht Revolution.

Der Soldatenrat der 4. Armee.
Ludwig Lewinsohn, Vorsitzender.

Sein oder Nichtsein.

Im alten Kongresssaal der Reichskanzlei ist die Konferenz der freien deutschen Republiken zusammengetreten. Ueber ihren Beratungen schwebt wie ein Damoklesschwert die Not einer Zeit, wie sie seit 100 Jahren noch nie so schwer das Dasein und die ganze Zukunft der deutschen Nation bedroht hat. Die Männer, die aus Süd und Nord zusammengekommen sind, sind sich bewußt, daß an diesem 25. November über Sein oder Nichtsein des Reiches entschieden wird. Unter dem erdrückenden Druck der Feinde, unter dem Druck von drohender Hungersnot und der Wahlosigkeit einer zu jedem Aufschub bereiten kommunistischen Umsturzpartei sollen sie darangehen, Deutschland den Frieden wiederzugeben und das Reichsganze aus dem drohenden Auseinanderfall zu retten. Man möchte diesen Männern die Weisheit von Jahrhunderten wünschen, um sie zu erleuchten und zu befähigen, über Gegenstände und Sondermeinungen hinaus das eine große Ziel zu erkennen, um das es jetzt geht. Daß sie es nicht von vornherein erkennen, dafür zeugt schon die einfache Sache des Zusammentritts dieser Konferenz, zeugt auch die Unwesenheit des Vertreters des deutsch-österreichischen Volkes, der, zwar als Gast eingeführt, doch nach seinem eigenen Ausspruch, sich schon heute als zu gehörig betrachtet. Speziell erleuchtet die Tragik der Lage das einleitende Referat des Staatssekretärs Solz, der vom grenzenlosen Anschwellen des Imperialismus bei unseren Gegnern berichtet, der die französische Sehnsucht nach einer Zerrückung des Reichsganges unter allen Umständen klarlegt. Eine neue Note des Präsidenten Wilson, des letzten aufrichtigen Vertreters der Gedanken von Völkerverbrüderung und Völkerbund, verweist, wie Solz zu berichten weiß, die baldige Zuführung von Lebensmitteln, aber nur unter der Bedingung der Schaffung einer Regierung, hinter der das ganze deutsche Volk steht. Trotzdem plagen die Gegensätze von Süd und Nord schroff gegeneinander. Ja, der Vertreter von Sachsen fordert, selbst auf Kosten der Reichseinheit, die Sozialisierung des Volkes. Greulicherweise bleibt er allein, und der Wille zur schnellen Einberufung einer alle Stände vertretenden Nationalversammlung wird von allen anderen Seiten betont. Die Süd- und deutschen machen reißend kein Hehl daraus, daß der Separatismus siegen wird, wenn es den Berliner radikalen Kräften gelingen sollte, die Einberufung der Nationalversammlung noch weiter zu verzögern. Davon abgesehen aber geht der Kampf des Tages bedauerlicherweise vor allem um Personen. Eisner und Kautsky besonders bestehen auf der Ausschüttung aller jener Männer, die sich im Laufe des Krieges kompromittiert haben. Sie sind selbst gegen Leute wie Solz und Erzberger, gegen die nicht einmal die Entente Einwände erhebt. Mit Recht meint dem-

gegenüber der Vertreter von Hessen, daß es schwer fallen würde, solche Persönlichkeiten zu finden, die selbst die Unabhängigen den ersten Kriegskredit bewilligt hätten. Es ist zu hoffen, daß die ganze Debatte nur ein Intermezzo bleiben wird. Es handelt sich um mehr als um Personen und um mehr als um den Sieg einer doktrinen Sonderanschauung: das Reich ist in Gefahr, alle Mann müssen an Bord, um das wackere Schiff zu retten. Alle anderen Rücksichten müssen zurücktreten vor dem einen Problem: soll das Reich leben oder nicht?

Die Konferenz der freien Bundesstaaten.

Berlin, 25. November. (WZB.) Die Konferenz der deutschen Bundesstaaten begann kurz nach 10 Uhr im Kongresssaal des Reichskanzlerpalais. Etwa 70 Vertreter der Freistaaten waren erschienen, neben einigen früheren diplomatischen Vertretern sehr viele bekannte Abgeordnete, die in ihrer engeren Heimat die Regierung übernommen haben, und daneben noch unbekannte Männer, zum Teil in Matrosen- oder Soldatenröcken. Zwei lange Tische waren von den Vertretern besetzt, während an einem dritten die Staatssekretäre und die Beigeordneten Platz nahmen. Die Verhandlungen wurden durch eine Rede des Vorsitzenden,

Volkshauftragten Ebert,

eröffnet. Er führte aus:

Die Arbeit, welche uns hier vereint, ist von allergrößtem Interesse für unser Land und Volk. Als wir die politische Macht übernahmen, standen wir vor einem Trümmerhaufen. Nun ist an Stelle der Monarchie eine sozialistisch-republikanische Staatsform gesetzt, in der die Volkshauftragten die Exekutive haben, während die politische Macht in den Händen der Arbeiter und Soldaten liegt. Die nächsten Aufgaben sind schneller Frieden und Sicherung des Wirtschaftslebens. Wenn die Waffenstillstandsbedingungen nicht bald wegfallen, hat dies die aller schlimmsten Folgen. Die Rettung heißt Präliminarfrieden. Inzwischen muß jeder Arbeiter und jeder Soldat die ganze Kraft für den Wiederaufbau einsetzen, denn die Freiheit, die gesichert ist, wäre wertlos ohne Brot und ohne Arbeit. Alle Transportmittel müssen in den Dienst des Reiches gestellt werden. Die Rohstoffförderung muß auf der Höhe gehalten werden. Die Solidarität muß sich überall geltend machen. Die Sozialisierung ist eingeleitet, aber ohne Experimente, nicht auf einzelne Fabriken, sondern auf ganze Gruppen erstreckt, nach genauen Studien unter Sicherung der wirtschaftlichen Werte. Nun heißt es Arbeit schaffen, wozu engste Einheit nötig ist.

Die endgültige Regelung der Zusammenarbeit zwischen Reichsleitung und Bundesstaaten muß der Nationalversammlung vorbehalten werden, zu deren baldigster Einberufung wir entschlossen sind. Schon morgen wird das Kabinett das Wahlgesetz zur Nationalversammlung in Beratung nehmen. Vorerst muß ein Provisorium zwischen den Einzelstaaten und dem Reich geschaffen werden, was die Aufgabe der heutigen Sitzung ist.

Präsident Eisner äußerte schwere Bedenken gegen die Tagesordnung. Die Lage sei bekannt, aber nicht, wie eine neue Lage zu schaffen sei. Er schlage vor, die Diskussion in drei große Gruppen zu gliedern: 1. Waffenstillstands- und Friedensbedingungen zugleich mit der Vorfrage nach der Aktionsfähigkeit der Regierung. 2. Politisch-nationaler Zusammenhang. 3. Wirtschaftliche Beziehungen der Gliedstaaten zum Reich. Das alles müsse nicht erörtert, sondern entschieden und abgeschlossen werden. Vorsitzender Ebert bringt mit dem Vorschlag durch, daß mit dem Referat zu beginnen und dann die Gruppierung vorzunehmen sei, wie sie Eisner vorschlägt.

Staatssekretär Dr. Solz:

Da die Teilnahme der Vereinigten Staaten am Kriege sich als ausschlaggebend erwiesen habe, hätten

wir uns mit unserem Waffenstillstands- und Friedensangebot auch an sie gewandt. Außerdem habe Präsident Wilson als einziger ein ehrliches pazifistisches Programm vertreten, während alle anderen Gegner Imperialisten seien. In unserer Lage sei aber die einzige Rettung eine entschiedene pazifistische Politik und damit die Eindämmung des Imperialismus. Allerdings herrsche auch in Amerika Siegestimmung und daher Uebereinstimmung mit den Waffenstillstandsbedingungen. Amerikas Forderung sei, daß in Deutschland Ruhe und Ordnung aufrechterhalten werde, sonst drohe es nach den Worten Laits mit dem Einmarsch. Eben jetzt sei die Antwort Wilsons eingegangen, welche die Versorgung in Aussicht stellt, wenn die öffentliche Ordnung aufrechterhalten wird. In England habe die hochfahrende Siegestimmung gestiegen. Selbst Lansdowne und Henderson seien verstimmt. Lord Cecil Middleton könne man wohl auf seine Stellung zum Bitterbund zurückführen, die der unseren entspreche. Auch in England werde von Deutschland eine geführte Majoritäts-Regierung verlangt. Herrsche in England Siegestaumel, so sei in Frankreich Siegestaumel an der Tagesordnung. Seine öffentliche Meinung dränge vor allem auf Unterdrückung jeglichen Bolschewismus. Aber es scheint fast, als wolle man in Paris gar keinen Frieden, sondern Hoffe, durch eine Förderung des Separatismus das Reich zu zerstören. In Polen sei das Bestreben der Regierung, die Liquidation der deutschen Okkupation ohne Blut zu erleichtern, obwohl die Volksstimmung anders gerichtet sei. Dem deutschen Gesandten sei die Mitteilung gemacht, daß man auf freundschaftliche Beziehungen zum Reiche Wert lege. Ungünstig wäre eine Übernahme der Regierung durch die nationaldemokratische Partei, die ententefreundlich und deutschfeindlich sei. In der Ukraine scheine sich der Gedanke des russischen Föderativstaates durchsetzen zu wollen, wenn sich auch Gegenbestrebungen bemerkbar machten. Rußland sei von der alten Regierung im Interesse des notwendigen Friedensschlusses anerkannt worden, und wir wollten auch im Frieden mit der Sowjet-Regierung leben, aber gegen die bolschewistische Propaganda in unserer eigenen Land durch Moskau müßten wir uns auf das entschiedenste wehren. Die Verhältnisse in Rußland seien unerträglich geworden. Das Ende der Sowjet-Regierung scheine bevorzustehen. Zusammenfassend kommt Solz auf den unbedingten Vernichtungswillen Frankreichs zurück, dem separatistische Eigenmächtigkeit im eigenen Lande in die Hände arbeite, so wenn der Arbeiter- und Soldatenrat in Hamburg selbständig Beziehungen zur Sowjet-Regierung anknüpfe, oder wenn von anderer Stelle unser Rußland des Auswärtigen Amtes auf einer Reise nach Wien verhaftet würde. Er habe mit seinen Beamten loyal unter der neuen Regierung gearbeitet, aber der Vernichtung des Reiches könne er nicht ohne Protest zusehen. Seine einzige Hoffnung sei diese Konferenz, denn die heutigen Verhältnisse gehörten alle Friedenshoffnungen. (Mehrstündiger Widerspruch.) Die Konferenz müsse unbedingt dreierlei beschließen: 1. Die Zentralgewalt darf keiner Kontrolle unterstellt sein, welche die Einzelstaaten nicht anerkennen. 2. Die Auslandsbeziehungen dürfen nur der Reichsregierung obliegen. 3. Für die Nationalversammlung, die nicht in Berlin, sondern in einem zentral gelegenen Ort zu tagen habe, muß baldigster Termin festgesetzt werden, denn was heute vorhanden sei, könne nur als Provisorium gelten. Solz schließt mit den Worten, daß er dann an eine glückliche Zukunft der Revolution glaube und sie nicht um ihre Früchte bringen wolle.

Staatssekretär Erzberger

berichtet zunächst über den Beschluß des Kriegskabinetts an den französischen Oberbefehlshaber, die Kapitulation Deutschlands auszusprechen. Die Verhandlungen führten zu dem Ergebnis, daß Elsaß-Lothringen entgegen den von Hoch mitgeteilten Bedingungen nicht als besetztes Gebiet, sondern als selbständiger Staat bezeichnet wurde. Die Punkte, in denen die Bedingungen eine Milderung erlitten, waren: Verlängerung der Räumungsfrist von 30 auf 36 Tage, Ablieferung von 5000 Lokomotiven statt 10 000, die Bestimmung, daß die Rückgabe der deutschen Kriegsgefangenen im Präliminarfrieden geregelt werde, und endlich die Zusage der Versorgung mit Lebensmitteln. Vorläufig wies die Erfüllung der Bedingungen verhältnismäßig gut aus. Das Kriegsmaterial werde ordnungsgemäß übergeben, dagegen konnten nur 3000 Lokomotiven und 100 000 Wagen abgeliefert werden. Die Abmachung über die deutschen Kriegsgefangenen mildern zu können, erscheine hoffnungslos. Die Rückkehr der Gefangenen vollzöge sich normal. Unmöglich sei dagegen die Rückführung der gefangenen Russen vor dem 1. Februar 1919. In der Lebensmittelfrage sei geklärt, um der ersten Mäße eine entgegenkommende gehaltene Depeche von Clemenceau eingetroffen. Er verspreche sich auch viel von der Ankunft Somers in England, er zweifle aber entschieden an der Möglichkeit, die Räumungstermine innezuhalten und befürchte, die Entente suche einen Rechtsmittel, um in Deutschland einzutreten. Hieraus ergibt sich nach seiner Ansicht die dringende Notwendigkeit des Präliminarfriedens. Ferner erhofft er von einem solchen ein endgültiges Aufhören des Blutvergießens, Heimkehr der deutschen Kriegsgefangenen und Wahrung der Reichseinheit. Im Falle seiner Verzögerung befürchte er Nachteile durch eine längere Besetzung der linksrheinischen Gebiete und durch die Verwirklichung der polnischen Ansprüche in Posen und Oberschlesien schon während des Waffenstillstands.

Ministerpräsident Eisner:

Die Referate von Dr. Solz und Erzberger lassen wirklich nichts davon merken, daß inzwischen die Re-

volution ihre Arbeit getan hat. Sicherlich wollen wir den Frieden, aber erreichen würden wir ihn nur durch völlig unkompromittierte Männer. Man fasse sich an den Kopf, wenn man die Namen der Waffenstillstandsunterhändler lese. An ihrer Spitze ständen Leute wie Erzberger, welche die Weltvergeltung der öffentlichen Meinung organisiert haben. Solz hält Verhandlungen mit Wilson für angebracht, ohne zu bedenken, daß er dadurch die anderen unserer Gegner für minderwertig erklärt. Das muß ja beides den Frieden zum Scheitern bringen. Er könne die Tätigkeit dieser beiden Männer nicht anders als Konterrevolution nennen. Er kenne die Entente nicht aus den Zeitungen, sondern aus persönlichen Berichten. Ihre Forderungen sind: 1. mit Männern zu verhandeln, die nicht zum alten System gehören. Clemenceau erklärte erst neulich, die ursprünglichen Waffenstillstandsbedingungen gälten nicht dem deutschen Volk, sondern Wilhelm II. Der Kaiser sei gegangen und ihm müßten alle die kompromittierten Männer nach Holland folgen, wenn sie nicht wegen Landes- und Volksverrats angeklagt werden sollten. Solz, Erzberger und ihre Gleichen seien für alle Zeiten erledigt. 2. Die Forderung der Entente sei, Männer an der Spitze der deutschen Regierung zu setzen, die das Vertrauen der Masse genießen. Wir brauchen eine Reichsregierung, die ohne Hemmung demokratische und soziale Politik treibt. Außerdem schlägt er die Einführung einer provisorischen Präsidium an Stelle des Bundesrates vor, das alle Verhandlungen mit der Entente führt. Auf Grund dieser seiner Vorschläge könne der Separatismus unterbunden werden, den er in Bayern bekämpfe, der aber stärker sei denn je.

Seine Unhalt setzt sich für Erzberger ein, der immer ein Kämpfer gegen den Militarismus gewesen sei. Die Entente sei gegen das deutsche Volk und nicht gegen einen einzelnen Unterhändler.

Ebert bittet um die Erlaubnis, den Gesandten Deutsch-Oesterreichs, Rudo Harimann, vorstellen zu dürfen, der als Gast der Versammlung beizubringen werde. Harimann dankte für die freundliche Begrüßung und betonte, es dürfe kein Präjudiz sein, wenn er heute als Gast hier weile. Er fühle sich schon völlig zugehörig. (Bravo.)

Geidner-Gotha findet die Verteidigung seines erklärten, da Erzbergers Sünden auch seines Sünden seien. Er sieht das Programm in der Frage: Ist uns der Friede lieber als der Sozialismus? Wir sind für Sozialisierung selbst dann, wenn wir uns dadurch eine feindliche Besetzung zuziehen. Uns steht das Volk über dem sogenannten Vaterland und dem Volk kann nur der Sozialismus helfen.

Ripinski (Sachsen)

erklärt: Solz wolle im Interesse des Friedens alle Sozialisierung hintanstellen, wogegen schärfste Verwahrung einzulegen sei, ebenso wie gegen die Einschränkung der Arbeiter- und Soldatenräte durch die Zentralstellen. Die Nationalversammlung könne zurückgestellt werden, bis die Vorbedingungen für sie geschaffen seien. An eine Einberufung des Reichstages sei nicht zu denken, denn er sei mit dem alten Regime gefallen. Die sächsische Regierung will zur einheitlichen deutschen Republik kommen, und zwar unter Anschluß von Deutsch-Oesterreich. Alles andere sei als Provisorium zu betrachten. Eine Aufschiebung des Sozialismus zugunsten des Friedens dürfe keinesfalls stattfinden.

Beigeordneter im Auswärtigen Amt Kantosky unterstützt Eisners Forderung einer Regierung, die vom Mehrheitswillen getragen sei und keine kompromittierten Männer enthalte. Die Friedensbedingungen würden nicht so hart sein wie die Waffenstillstandsbedingungen. Pazifismus sei allerdings die Aufgabe der Männer der Regierung, dürfe aber nicht von einigen Kriegshörnern getrieben werden. Er bedauert, daß die noch nicht festgenommenen seien, die durch die eben veröffentlichten bayerischen Berichte so schwer kompromittiert seien. Das würde dem Frieden wahrhaft dienen.

Ulrich (Hessen)

erklärt, das alte Regime sei durch die Soldaten gestürzt worden, denen sich dann die Arbeiter angeschlossen. Der Kapitalismus müsse liquidiert werden, aber erst handle es sich um den Frieden. Unkompromittierte Leute zu seiner Herbeiführung seien gut, aber selbst unter den Unabhängigen schwer zu finden. Das Reich muß bleiben, aber eine Berliner Diktatur gefährdet es aufs schwerste. Wir wollen nicht von Berlin los, sondern mit Berlin gemeinsam arbeiten. Bis zur Nationalversammlung seien die Arbeiter- und Soldatenräte deren Ersatz. Daß die Regierung die alten Männer zum Teil im Amt behält, wäre doch selbstverständlich, ebenso wie die Beibehaltung mancher Bundesratsmitglieder als Informanten der Einzelstaaten. Süddeutschland sei für Beschleunigung der Nationalversammlung. In Baden seien die Wahlen zur Landesversammlung auf den 5. Januar festgelegt. Württemberg bezieht sich ebenfalls und in diesem wird der Termin Mitte Januar sein. Gegen das von Eisner vorgeschlagene Präsidium habe er nichts einzuwenden.

Bernstein

wendet sich gegen die Auffassung, als wenn man erst den Sozialismus durchführe und dann zum Frieden kommen müsse. Unser weiterentwickeltes Volkswirtschaftssystem sei unmöglich in ganz kurzer Zeit zu sozialisieren. Die wichtigste Frage sei die, so schnell wie möglich zu einem Frieden zu kommen. Er betrachte es als ein Unglück, daß Persönlichkeiten mit der Führung der Waffenstillstandsverhandlungen beauftragt seien, die stark belastet seien und sich als von den Methoden des alten Systems zu sehr besessen gezeigt hätten. Die Waffen-

stillstandsbedingungen wirkten seiner Ansicht nach auf die zivilen Verhältnisse nicht so zerstörend wie allgemein angenommen wurde. Er wünscht schließlich Männer zu den Verhandlungen zu schicken, die einmal das Vertrauen der Gegenseite genießen und andererseits sich auf die Mehrheit des Volkes stützen, die ihren Willen wiederum nur durch die Nationalversammlung geltend machen kann.

Heymann (Württemberg):

Zu der Forderung nach unkompromittierten Männern sind wir alle einig. Ebenso erscheint Solzs Feststellung richtig, daß für den Abschluß des Friedens eine Zentralgewalt nötig ist. Den Frieden brauchen wir nach überwiegender Ansicht so bald wie möglich. Die Arbeiter- und Soldatenräte haben die Revolution geschaffen und bestehen daher zu Recht. Aber mit dem Siege der Revolution müsse auch ihre innere Wandlung kommen. Sie wird ein Provisorium bis zur schnell einberufenden Nationalversammlung. Gelingt der Berliner Versuch, diese zu verzögern, dann liegt der Separatismus. Württemberg steht durchaus auf dem Boden der Reichseinheit, aber wir brauchen Ordnung und gesicherte Lebensmittelverhältnisse. Ueber uns geht die Soldatenwelle am intensivsten hinweg. Wir haben viele Tausende elassischer Flüchtlinge zu versorgen. Wir haben keinen Zweifel daran gelassen, daß wir auf dem Boden der Demokratie stehen.

Landesberg

führt aus: Eisner will unkompromittierte Männer als Friedensunterhändler, hat aber selbst erklärt, daß es fraglich sei, ob diese weitere Milderungen erzielen können. Die bisherigen Milderungen und die Lebensmittellieferung sei den alten Männern gewährt worden, und entgegen Eisner und Bernstein halte er diese Bedingungen für unerträglich. Die zweite Forderung Eisners, daß die Regierung vom Mehrheitswillen getragen sei, unterstütze er völlig, das hieße aber nichts anderes, als schnelle Einberufung der Nationalversammlung.

Die Sitzung wird auf 3 Uhr vertagt.

Die Nachmittagsitzung.

Berlin, 25. November. (M.D.) Die Nachmittagsitzung wurde eingeleitet durch den Volksbeauftragten Barth, der die Konstituante für notwendig erklärt, aber vorerst die Arbeiter- und Soldatenräte als Vorparlament berufen will. Die Diktatur wolle niemand verlängern und zu der Frage, ob Nationalversammlung oder Friedensparlament, könne man sich erst äußern, wenn sie gestellt würde.

Präsident Meises-Braunschweig wendet sich scharf gegen die Konterrevolution, die schuld sei, wenn ein Tropfen Blut fließe. Diktatur müsse so lange sein, bis die Verhältnisse sozialistisch umgestaltet seien. Die Regierung müsse vom Volkszorn hinweggesetzt werden. Sie gehöre nicht auf ihren Platz.

Crispien-Württemberg warnt vor übertriebener Hege gegen scheinbaren Bolschewismus, erklärt sich aber uneingeschränkt für die Nationalversammlung. Er wünscht eine wirklich gute Presse-Abteilung der Regierung und einen Gerichtshof für die Schuldigen am Krieg, nicht zur Bestrafung, sondern zur Feststellung.

Geis-Baden spricht für baldigste Nationalversammlung, weil ohne sie kein Frieden möglich sei.

Eisner warnt vor Durchführung des Sozialismus im Augenblick der Zerrüttung. Er bezeichnet die Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte als Grundlage der künftigen Arbeit. Die Nationalversammlung müsse Krönung des Gebäudes, nicht Grundlage sein. Eisner forschte: Die Regierung sei rein sozialistisch umzuformen, das Auswärtige Amt mit unbelasteten Männern zu besetzen und schließlich ein Präsidium zu wählen, das Deutschland vertritt und mit der Entente verhandelt. Ebert verwahrte sich gegen die Angriffe auf die Regierung, deren politische Lage rein sozialistisch sei, und dagegen, daß man mit Nebenarten über große Arbeiten der Volksbeauftragten hinweggehe.

Nach Erklärungen, welche den Imperialismus unserer Feinde beleuchteten, und Ausführungen Haunsburgs-Bamberg über die Beteiligung des Bürgerturns an der Volksvertretung nach Maßgabe seiner wirtschaftlichen Kraft verließ Ebert die eingegangenen Anträge. In der weiteren Debatte protestiert Haas-Karlsruhe gegen jede Diktatur von Berlin und erklärt die Nationalversammlung für das einzige Mittel gegen den Separatismus.

Scheidemann unterstreicht Eisners Ansicht, daß man im Augenblick der Zerrüttung nicht sozialisieren könne, wendet sich gegen ein Klassenparlament, wie es die Arbeiter- und Soldatenräte auf die Dauer wären, und nennt die technischen Schwierigkeiten der Nationalversammlung lächerliche Zwirnsfäden. Wir brauchen keine Wählerlisten, nur Legitimationen für jeden Wähler, die nach der Wahl abgestempelt würden, und für jede Partei eine Wählerliste für das ganze Reich. Gradnauer-Sachsen schließt sich ihm an und nennt die Nationalversammlung eine Schicksalsfrage. Beigeordneter Herzfeld spricht für die unbedingte Beibehaltung der Arbeiter- und Soldatenräte, bis die wirtschaftliche Revolution weit genug vorgeschritten sei. Der Volksbeauftragte Haase weist die Verhandlungsfähigkeit der jetzigen Regierung nach, zu deren Unterstützung sich sogar die Bürgerlichen bereit erklärt hätten. Scheidemanns Vorschlag billigt er nicht und betont die Schwierigkeiten, z. B. ob in den okkupierten Gebieten freibestimmt werden könne und wie es in Posen gehandhabt werden solle. Die Nationalversammlungen in den Bundesstaaten bittet er zurückzustellen. Zwischen Solz und den Volksbeauf-

tragten Herrschaften allerdings Meinungsverschiedenheiten, welche die heutigen Reden noch vertieft hätten. Unverantwortliche Einflüsse wegen der sozialistischen Republik wurde die Reichsregierung nicht. Nach kurzer Schlussantragsdebatte, in der Minister Hirsch bedauert, nicht im Namen Preussens gegen die Lösung preussischer Gebietsverhältnisse zu können, wird auf Vorschlag Eberts folgendes

Ergebnis der Verhandlungen

angenommen:

1. Die Aufrechterhaltung der Einheit Deutschlands ist ein dringendes Gebot. Alle deutschen Stämme stehen geschlossen zur deutschen Republik. Sie verpflichten sich entschieden, im Sinne der Reichseinheit zu wirken und separatistische Bestrebungen zu bekämpfen. 2. Der Berufung einer konstituierenden Nationalversammlung wird allgemein zugestimmt, ebenso der Absicht der Reichsleitung, die Vorbereitungen zur Nationalversammlung möglichst bald durchzuführen. 3. Bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung sind die Arbeiter- und Soldatenräte die Repräsentanten des Volkswillens. Die Reichsleitung wird ersucht, auf die schnelle Herbeiführung eines Präliminarfriedens hinzuwirken.

Beim letzten Punkt der Tagesordnung über die wirtschaftliche Lage erstatteten Staatssekretär Wurm vom Reichsernährungsamt, Staatssekretär Roeth vom Demobilisationsamt und Staatssekretär Mueller vom Reichsarbeitsamt Referate. Mueller warnt vor allem vor unberechtigtem Eingreifen in den feinen Apparat des Geld- und Kreditwesens, und schlägt folgende Resolution vor, die einstimmig angenommen wird: Um das wirtschaftliche Leben Deutschlands aufrecht zu erhalten, die ungehörige Versorgung des Landes mit Lebensmitteln und Rohstoffen aus dem Ausland zu sichern und die deutsche Volkswirtschaft im In- und Ausland kreditfähig zu erhalten, ist das Fortarbeiten aller Banken, Sparkassen und sonstigen Kreditinstitute auf der bisherigen Grundlage und in der bisherigen Form unbedingt erforderlich. In Uebereinstimmung mit den Vertretern der deutschen Einzelstaaten erlässt daher die Reichsregierung, dass jeder Eingriff in die geschäftliche Tätigkeit der Kreditanstalten zu unterbleiben hat. Staatssekretär Schiffer vom Reichsschatzamt weist auf das Gefährliche der Finanzzustände des Reiches hin. Zu lange Dauer dieses rechtslosen Zustandes müsse zum Zusammenbruch der Finanzen führen. Daher fordert er aus rein praktischen Gründen die Nationalversammlung. Er entwickelte ein großes Finanzprogramm, in dem schärfste Bekämpfung der Steuern, große Kriegsgewinnsteuern, Besteuerung des Mehrgewinns und Vermögensabgabe enthalten sind. Auf die Ausführungen von Ebert (Braunschweig) verliest Staatssekretär Roeth die neueste Verordnung gegen Weiterführung der Kriegsaufträge, und nach 9 Uhr bricht Ebert das Schlusswort. Wenn die deutsche Republik leben soll, so bedarf sie der Arbeit. Sozialismus ist Arbeit. Er appelliert an die Arbeiter und Soldaten, damit die deutsche Arbeiterschaft der Welt zeige, daß 50 Jahre der Erziehung zur Selbstsucht durch die Sozialdemokratie nicht verloren gewesen seien. Die Berichte der heutigen Sitzung machen es allen zur Pflicht, für die neue Republik die staatsrechtliche Festigung in der Nationalversammlung zu schaffen.

Unter lebhaften Beifall dankt er und schließt die Reichskonferenz.

Aus der Provinz.

Fauer. 500 Paar Stiefel gestohlen. Ein Einbruchsdiebstahl, der anscheinend von langer Hand vorbereitet wurde, ist nachts im hiesigen Zeughaus ausgeführt worden. Trotzdem das Zeughaus militärisch bewacht wird, gelang es den Dieben, in das Gebäude einzudringen und 500 Paar Militärstiefel zu entwenden. Für die Ergreifung der Täter hat der Soldatenrat eine Belohnung von 300 M. ausgesetzt.

Greiffenberg. Wie sich eine Rittergutsbesitzerin vor Hausdurchsuchungen schützt. In Weltersdorf wurde die Kammerfrau der Rittergutsbesitzerin Ella von Brittwitz und Gaffron von ihrer Dienstherrin in den Oberschenkel geschossen. Frau v. Brittwitz hatte sich mit einer Anzahl Schutzwaffen versehen. Als sie in Gegenwart der Kammerfrau mit den Waffen hantierte, geschah das Unglück. Nach einer Mitteilung des „Greif“ hatte sich Frau v. Brittwitz und Gaffron deshalb mit einer Anzahl von Schutzwaffen versehen, um sich verteidigen zu können, falls bei ihr Hausdurchsuchungen vorgenommen würden. Es wäre angebracht, daß die Behörden von der Dame die Schutzwaffen beschlagnahmen, ehe sie damit weiteres Unheil anrichtet.

Reuthen. Abflauen des Grubenstreiks. Auf der Verginsektion 1 und 2 und der Guido-Grube der Verginsektion 3 ist alles eingefahren. Dagegen ist der Streik auf den Delbrück-Schächten und in Anurov noch nicht abgeklaut. Auf den Rheinbaben-Schächten wird zur Hälfte gestreikt. Bei der heutigen Frühsektion waren ausserhalb 1530 Mann auf der Verginsektion 4, auf der Hohenzollern-Grube fehlten 844 Mann, Litanda-Grube 1012, Preußen-Grube 712, Fährten-Grube 230, Radzionkau-Grube 854, Emanuellegen-Grube 216, Carsten-Zentrum-Grube 646, Römer-Grube 926, Oberschächte 330, Westböhmischer Bergbauverein 109, Ludwig-Greif-Grube 799. Auf den übrigen Gruben ist der Streik erloschen.

Gleiwitz. Räuberischer Überfall. Die Schallanauer Straße war in der Nacht zu Sonntag der Schauplatz eines schweren Verbrechens, dessen Urheber zwei mit Gewehren bewaffnete Soldaten und eine mit einem Revolver versehene Zivilperson waren. Aufscheinend hatten die drei einen räuberischen Überfall auf den dort wohnenden Stellenbesitzer Wrobel geplant und waren zu diesem Zwecke in dessen Wohnung eingedrungen. Als sich Wrobel und dessen Frau den Banditen gegenüberstellten, machten letztere sofort von ihrer Schusswaffe Gebrauch, die Frau des Wrobel wurde tödlich getroffen, während Wrobel lebensgefährlich verletzt wurde. Von den Nachbarn, die, durch die Schießerei aufmerksam gemacht, den Überfallenen zu Hilfe eilten und auf die von den Banditen ebenfalls geschossen wurde, sind zwei Männer in lebensgefährlichem Zustande von Mache getragen worden. Nach der schweren Bluttat haben die Banditen ein bereitliegendes Fuhrwerk bestiegen und sind in der Richtung nach Hindenburg davongefahren.

Letzte Telegramme.

Einzug in Berlin?

Berlin, 26. November. (WZB.) Französische Blätter melden: Wie allgemein bekannt ist, werden die Alliierten nur mit einer solchen deutschen Regierung Frieden schließen, die die Mehrheit des deutschen Volkes vertritt. Man hält es nicht für unwahrscheinlich, daß es in Deutschland zu

größeren Unruhen kommt. Sollten die Bolschewisten in Deutschland die Oberhand gewinnen, würde die Besetzung größerer Ortschaften Deutschlands einschließlich Berlins und anderer größerer Städte unvermeidlich sein.

Rudendorff bringt sich in Sicherheit

Berlin, 26. November. General Rudendorff ist, der „Frankf. Ztg.“ zufolge, über Sankt nach Schweden gereist.

Wilson's Eintreffen in Frankreich.

Amsterdam, 26. November. Davaas meldet aus Paris: Die Ankunft des Präsidenten Wilson in Frankreich wird am 12. Dezember erfolgen. Er kommt auf dem ehemaligen deutschen Dampfer „Vaterland“, dem jetzigen „Leviathan“.

Auslieferung des Kaisers.

London, 26. November. (W. L. T.) Der Stadtrat von Deptford, der über 100 000 Bürger vertritt, hat eine Resolution angenommen, in der energisch der Meinung Ausdruck gegeben wurde, daß sofort Schritte unternommen werden sollen, um die Auslieferung des Kaisers und eine gerichtliche Untersuchung herbeizuführen. Sein Aufenthalt in Holland sei als schwere Bedrohung der Sache der Alliierten anzusehen.

Wilson's Europareise.

Paris, 26. November. (WZB.) Präsident Wilson wird, wie Pariser Zeitungen melden, bei seinem Eintreffen in Europa nicht in einem englischen, sondern in einem französischen Hafen landen. Seine Abreise von Newyork ist auf den 4. Dezember festgesetzt worden. Prinz Murat stellt sein Palais in Paris dem Präsidenten während seines Aufenthaltes in der französischen Hauptstadt zur Verfügung. Das Anerbieten ist von der amerikanischen Botschaft bereits angenommen worden.

Französische Truppen in der Pfalz.

Ludwigsbafen, 26. November. (WZB.) Französische Truppen haben gestern bereits Grenzorte am Südrande der Pfalz besetzt. An den tiefsten Stellen drängen sie 7 Kilometer breit in die Pfalz ein. Wie wir hören, ist gegen dieses vorzeitige Einrücken in der Pfalz von der deutschen Waffenstillstands-Kommission Verwahrung eingelegt worden.

Wettervoransage für den 27. November: Tauwetter.

Druck u. Verlag: Ferdinand Dornel's Erben (Geschäftsleitung: D. Dietrich). — Verantwortlich für die Schriftleitung: B. Münz, für Kellerei und Inserate: G. Anders, sämtlich in Waldenburg.

Am 20. Oktober verstarb plötzlich an Grippe und Lungenentzündung unsere liebe Tochter u. Schwester **Frau Hedwig Kopitzki**, geb. Bredau, in Berlin, im Alter von 30 Jahren. Für die uns aus Anlaß dessen zugegangenen Beweise liebevoller Teilnahme sprechen wir allen Freunden und Bekannten auf diesem Wege unsern herzlichsten Dank aus. Waldenburg, Altwasser, Donnerau, Ratibor. Die trauernden Hinterbliebenen.

Ober Waldenburg.

Ein weiterer Verkauf von roten und gelben Mohrrüben, sowie roten Mören findet Mittwoch den 27. November 1918, vormittags von 8—1 Uhr, vom hiesigen Eisbiller aus gegen vorherige Lösung eines Bezugscheines im hiesigen Lebensmittelamt statt.

Ober Waldenburg, 26. 11. 18. Gemeindevorsteher.

2 anständige, junge Mädchen suchen Herrenbekanntschaft zwecks späterer Heirat. Offerten mit Bild sind unter R. S. 200 in der Geschäftsstelle d. Bl. niederzulegen.

Sorbefehlender Vorschriften über Erfassung von Nahrungs- und Futtermitteln.

Dem Vernehmen nach ist bei der Bevölkerung, insbesondere auf dem Lande, die Ansicht verbreitet, daß mit dem Eintritt der neuen Regierungsform die bisherigen Lebensmittelvorschriften außer Kraft getreten seien. Diese Ansicht ist vollkommen unrichtig. Nur die strengste Aufrechterhaltung des gesamten Ernährungssystems und die Beachtung der erlassenen Vorschriften kann das deutsche Volk vor Hungernot bewahren.

Die Vorschriften über Erfassung und Ablieferung aller durch die Reichsgetreideordnung beschlagnahmten Früchte, die Vorschriften über Abgabe von Vieh, Kartoffeln, Winter, Milch, Mästelrüben, Getreide, Stroh u. a. m. behalten ihre Gültigkeit und müssen im gegenwärtigen Augenblick mit verschärfter Genauigkeit durchgeführt werden.

Die Gemeindebehörden werden ersucht, für die breitesten Veröffentlichung dieser Bekanntmachung, insbesondere durch Bekanntgabe an die landwirtschaftliche Bevölkerung Sorge zu tragen und scharf darüber zu machen, daß die Vorschriften betreffend Abgabe von Nahrungsmitteln nur gegen Karten, Verzitterungsverbote usw. genau beachtet werden.

Waldenburg, den 25. November 1918.

Der Landrat. gez. von Götz. Für den Arbeiter- und Soldatenrat des Kreises Waldenburg (Ernährungsbeirat). gez. Grütner.

Abgabe von Zwiebeln auf die Gemüse- u. Obstkarte.

In allen Gemüsehandlungen kann auf Abschnitt 21 der Gemüse- und Obstkarte 1 Pfund Zwiebeln zum Preise von 30 Pfg. in Empfang genommen werden.

Waldenburg, den 26. November 1918.

Der Magistrat.

Ich bin zurückgekehrt und habe mein Ofenbaugegeschäft wieder eröffnet.

August Hentschel, Ofenschmeißer, Schaelstraße 18.

Oberlausitzer Landständische Sparkasse

besteht seit 1820. Münchelsicherheit. Einlagen mit Reserven über 121 Millionen Mark.

Nebenkasse Waldenburg:

Kaiser-Wilhelm-Platz (Communalständische Bank).

Die evangel. Frauenhilfe

gedenkt auch in diesem Jahre ihren weit über 200 Armen eine Weihnachtsfreude zu bereiten. Sie bittet ihre Mitglieder und Freunde herzlich, durch Sendung von Gaben an die Unterzeichneten ihr dazu behilflich zu sein. Eine besondere Weihnachtsammlung erfolgt in diesem Jahre nicht.

Frau Rittmeister Stöbel,

Wilhelmstr. Nr. 2.

Pastor prim. Horler,

Kirchplatz 4.

Nieder Hermsdorf. Futterrüben-Verkauf.

Mittwoch den 27. November 1918, vormittags von 8—11 Uhr, findet im Bähnegut ein Verkauf von Futterrüben statt. Der Preis für einen Zentner Futterrüben beträgt 4 Mk. und sind Bezugscheine vorher im Lebensmittelamt zu lösen. Wegen Platzmangel findet nur ein einmaliger Verkauf statt und werden von 11—12 Uhr auch auswärtige Käufer zugelassen.

Nieder Hermsdorf, 26. 11. 1918. Der Gemeinde-Vorsteher.

Seitendorf.

Die Auszahlung der Kriegsfamilien-Unterstützung für die erste Dezemberhälfte erfolgt:

Sonnabend den 30. November d. J., vormittags von 9—10 Uhr, im Zimmer Nr. 2 des hiesigen Amtsgebäudes.

Die Ausgabe der Fleisch-, Brotzuzug-, Mehlsulage- und der Milchkarten, sowie der Zudermarken für Dezember erfolgt:

Donnerstag den 28. November d. J., vormittags von 9 Uhr ab, im hiesigen Amtsgebäude.

Seitendorf, 26. 11. 1918.

Gemeindevorsteher.

Zahlungsbefehle exequation des Waldenb. Wappenblattes. sind zu haben in der

Der Rückmarsch des Ostheeres.

Ein Hilferuf der 10. Armee an die Regierung.

Berlin, 25. November. An der Front im Osten stehen, in ihrer ganzen Ausdehnung und Tiefe betrachtet, noch etwa eine halbe Million deutscher Männer. Da der Krieg im Westen Deutschlands Jugend verschlang, wurde im Ostheer immer mehr und mehr gefiebt, die körperlich leistungsfähigsten Männer ihm entzogen und, nur die alten, minder leistungsfähigen Mannschaften blieben zurück. Nun bringt der Friede dem Ostheer große Gefahr, die in ihrer ganzen Größe noch nicht zu übersehen ist, wenn nicht schnell alle geeigneten Gegenmaßnahmen getroffen werden.

Eine Abordnung des Soldatenrates der 10. Armee hat gestern die maßgebenden Stellen der Regierung besucht und ihnen die Lage des Ostheeres geschildert. Darin heißt es:

Das weite Land ist ohne Verkehrsstraßen; auf schlechten, russischen Landwegen, in Eis und Schnee und schlammig noch im Schneeschlamm müssen die Truppen viele, viele Kilometer weit marschieren, um eine Bahnlinie zu erreichen. Im weiten Bereich der von unseren Truppen besetzten Eisenbahnwege mit russischer Spurweite stehen nur sehr wenig Wagen zur Verfügung, die auch zugleich der Lebensmittelversorgung der Städte dieses Gebietes dienen müssen. Deshalb sind große Heeresmassen gezwungen, weiter zu marschieren, bis zu den Eisenbahn-Knotenpunkten Baranowitsch, Mole-detschno und Dünaburg, wo die russische Spurweite endet und die mitteleuropäische beginnt. Dort erst können größere Truppenmassen verladen und dem Abmarsch der Ostarmee ein schnelleres Tempo gegeben werden.

Aber dort türmt sich nun eine Gefahr auf, die äußerst bedrohlich werden kann. Schon jetzt stehen sich dort Transporte russischer Kriegsgefangener an, die in ihre Heimat zurückkehren wollen, für die aber weder Transport- noch Lebensmittel, ja nicht einmal genügend Unterkünfte bereitstehen. Schon jetzt sind von ihnen Plünderungsversuche gegenüber den Proviantämtern ins Werk gesetzt worden

und mit jedem Tage wächst die Gefahr, daß die übergroße Welle der zurückkehrenden Kriegsgefangenen dort unseren rückziehenden Truppen den Weg verbarrikadiert. Man male sich aus, was entstehen muß, wenn viele Hunderttausende aus verschiedenen Richtungen hier auf engstem Raum zusammenströmen, alle ein gleich intensiver Drang beseelt, alle gleichmäßig bedroht werden von Hunger und Kälte, die schnell mit aller Erbarmungslosigkeit wüten werden!

Die Soldatenräte der 10. Armee bitten deshalb im Interesse ihrer Kameraden und des ganzen Ostheeres, daß nicht mehr russische Kriegsgefangene heimbefördert werden, als dort Nahrungs- und Transportgelegenheit finden. Kein Wachmann darf jetzt seinen Posten verlassen! Keiner darf einen Russen entweichen lassen, er handelt sonst direkt verbrecherisch! Und den russischen Kriegsgefangenen ist klar zu machen, daß es die Heimat des Grabes sein wird, die ihrer wartet, wenn sie sich nicht gebulden können, bis auch für sie der Weg frei ist, der zu der Heimat führt, wo ihre Lieben ihrer harren!

Aus Stadt und Kreis.

Waldenburg, 26. November 1918.

* Das Pfadfinderkorps Waldenburg hat seit Jahren in stiller Arbeit hauptsächlich an der Jugend der breiteren Volksmasse gewirkt; und dank der selbstlosen Tätigkeit gerade der Führer aus dem werdenben Gesellschaft ist diese Arbeit nicht ohne Frucht geblieben. Nur durch diese jungen Leute ist es möglich gewesen, auch während der Kriegszeit das Werk fortzusetzen. Nach der staatlichen Umwälzung trat aber an die Leitung die Frage heran: Ist das Korps in der Lage, unter den gegenwärtigen Verhältnissen seine Bestrebungen fortsetzen zu können? In einer Versammlung der Pfadfinder wurde diese Frage mit einem entschiedenen „Ja“ beantwortet. Und das mit Recht! Die Satzungen schreiben vor, den jungen Leuten Liebe zu Natur und Heimat einzupflanzen und neben körperlicher Stärkung auch dazu beizutragen, daß jeder den rechten Pfad im Leben zu finden wisse. Streng gegen sich, aber stets hilfsbereit gegen die Mitmen-

schen, das sind die Richtlinien für den Pfadfinder und sicherlich auch Grundlagen für jedes Staatswesen, gleichgültig, welche Form es angenommen hat. Politik war bisher im Korps verpönt und soll es bleiben. Nachdem die Jugendwehr, welche vielen jungen Leuten jede Jugendpflerfähigkeit verleidet hat, aufgelöst ist, bietet sich das Pfadfinderkorps von neuem an, von seinen Bestrebungen Gebrauch zu machen, sie zu unterstützen und seine Reihen zu füllen. Nicht nur junge Männer, sondern auch unterstützende Mitglieder sind willkommen. Anmeldungen alle Sonnabende im Heim, Bäckerstraße, oder an Bartlog, Sandstraße 1a.

* Stadt-Theater. Aus dem Theaterbureau wird uns geschrieben: Am Donnerstag gelangt neu einstudiert, unter Mitwirkung der gesamten Waldenburger Bergkapelle, die hier schon oft gegebene und immer wieder gern gesehene Operette „Unter der blühenden Linde“ zur Aufführung. Dieses fröhliche Spiel mit seiner flotten Musik hat bisher immer den Beifall des Publikums gefunden. — Am Freitagabend veranstaltet die Direktion eine vierte Volks- und Fremdenvorstellung zu ganz bedeutend ermäßigten Preisen, und zwar gelangt diesmal das Volkschauspiel „Die Elfe vom Erlenhof“ zur Aufführung. — Sonntag nachmittag findet für die Jugend und deren Freunde eine Kinder-Vorstellung statt. In Szene geht das Märchen „Hänsel und Gretel“.

* Entlassungsanträge durch die Militärbehörde. Die Versorgung der aus dem Heeresdienst ausscheidenden Unteroffiziere und Mannschaften mit Entlassungsanträgen erfolgt durch die Ertragstruppenteile, die die Entlassung vornehmen, und nicht mehr durch die Reichsbekleidungsstelle und die bisher von ihr beauftragten Kommunalbehörden.

* Eisenbahnfahrten nur gegen Dringlichkeitsausweis? Wie der „Vote a. d. N.“ zu melden weiß, sollen noch weitere Einschränkungen des Personenverkehrs eintreten. Es dürfen, wie verlautet, Zivilpersonen nur dann die Züge benutzen, wenn sie einen besonderen Ausweis über die Notwendigkeit und Dringlichkeit der Fahrt haben.

* Tausend Mark als Preis für die zehn besten Aufsätze über die Frage: „Welche Rückwirkung wird eine Sozialisierung auf Wissenschaft, Technik, Kunst

Das bemerkte Hans von Ramberg sehr wohl. Sein Herz klopfte unruhig. Die Mäde in Was Wangen erweckte heiße Wünsche und einen ganz leisen Schimmer von Hoffnung in seinem Innern.

Sich begingend, legte er die Unterhaltung mit ihr im ruhigen Tone fort. Aber ihr gescheitester Ohr vernahm doch hinter diesem ruhigen Ton hervor ein leises, ganz leises Vibrieren, das vordem nicht mitgeteilt hatte. Und die beiden jungen Augenpaare sahen während der Unterhaltung zuweilen mit einem atemlosen Vorzeichen ineinander.

Sehr viel Interesse brachte Eva an diesem Abend der Oper nicht mehr entgegen. Und Waldenburger sah viel mehr auf den feinen, dunklen Mädchenschopf vor sich als auf die Bühne.

Nach der Oper fuhr man zum Souper. Es wurde sehr vergnügt. Eva war in übermütiger Stimmung und ritz alle mit sich fort. Ihr warmes, klares Lachen flachte an. Selbst Frau von Roda mußte herzlich mit einstimmen.

Und Baron Rambergs Augen ruhten in selbstvergessenem Entzücken auf seinem reizenden Gegenüber.

Er hatte das Gefühl, als habe er noch nie einen reizenderen Abend verlebt, als er sich endlich von Eva, ihrem Bruder Gerhard und Frau von Roda verabschiedete. Und Eva freute sich ungeschlagbar auf den nächsten Tag. Morgen sollte sie mit Viktor und Baron Ramberg gleich nach Trieb zusammenreffen. Früh hatten die Herren Dienst, aber danach wollten sie gleich zur Stelle sein und Eva im Hotel abholen. Man wollte die Ausstellung besuchen. Gerhard war den ganzen Tag beschäftigt, und Frau von Roda sollte unbedingt ein launiges Mittagsbischöfchen machen, damit sie am Abend wieder „leistungsfähig“ sei. Deshalb sollte Eva mit Viktor und dem Baron allein die Ausstellung besuchen.

Und das erdichten ihr sehr verlockend. Als sich Ramberg von ihr verabschiedete, hatte er sie selbst unruhig, fast flehend angesehen — nur einen Augenblick — aber sein Blick hatte ihr heftiges Herzklopfen verursacht.

Und als Eva an diesem Abend zur Ruhe ging und die vergangenen frohen Stunden noch einmal an sich vorüberziehen ließ, da dachte sie mit leiser Erregung: Ein lieber, entzückender Mensch, der Baron Ramberg. Und er heißt Hans.

Der Schluß der Erzählung folgt in nächster Nummer. Die Schriftleitung.

Tageskalender.

26. November.

1812: Rückzug des französischen Heeres über die Vereina (26.—28. November). 1857: Joseph Freiherr von Eichendorff in Meise (* 1788).

Mein Gott, was ist das für ein entzückender Mensch, dachte Eva, als sie sich eine Weile mit Ramberg unterhalten hatte.

Gerhard hatte den Baron mit großen, forschenden Blicken angesehen, als er ihm vorgestellt wurde. Keine Ahnung kam ihm, daß er Freda von Waldenburger vor sich hatte. Er mußte ja gar nicht, daß sie einen Bruder besaß, und glaubte, sie hätte nur noch entfernte Verwandte, bei denen sie das Gnadenbrot nicht hatte essen wollen.

Die Herren nahmen nun ebenfalls ihre Plätze ein.

Eva pridelte die freudige Ungeduld in den Adern. Sie hatte Carnio noch nicht gehört und sah ihm voll Spannung entgegen. Aber noch mehr freute sie sich unstillig über die Anwesenheit des Baron Ramberg.

Die Vorstellung begann, und Eva war von Carnio entzückt. Warum, das wußte sie selbst nicht. Phantasiebegabte Menschen sind oft entzückt, weil die Wirklichkeit hinter ihren Vorstellungen zurückbleibt. Viel besser gefiel Eva seine Partnerin, die temperamentvolle Bertine der Carmen, die ihre Rolle gelanglich und dastellend völlig erschöpfte.

Nach dem ersten Akte sprach sie ihre Meinung unverhohlen aus. Die Meinungen waren geteilt. Es entspann sich eine lebhaft Unterhaltung, und am eifrigsten beteiligte sich Baron Ramberg daran. Er war sehr musikalisch. Mit blühenden Augen sah er Eva an. Sie gefiel ihm sehr. Ihr feines, ungekünsteltes Wesen, ihre reizende, schlaute Erscheinung mit den feinen Bewegungen und das lebensprühende, schöne Gesicht bezauberten ihn. Er atmete zuweilen auf, als sei ihm die Brust zu eng.

Das unbefriedigende Etwas, das wohlgepflegten, eleganten Frauen eigen ist — Epigonen-geriesel, leises Rauschen der seidenen Gewänder, ein feiner, unbefriedigender Duft, der kaum wahrnehmbar ist und doch die Sinne umschmeichelt, die weichen Linien, ein Hauch köstlicher Jugend und Unberührtheit — das alles vereinigte sich, um ihm seine Ruhe zu nehmen.

So etwas Goldseliges müßte einem der liebe Herrgott zur Frau beschicken. Da konnte man sich doch ehrlichen Herzens verlieben und brauchte nicht an den elenden Rammon zu denken, ohne den man doch nun einmal als armer Leutnant nicht aus Heiraten denken darf. Aber dieses entzückende Geschöpf wird natürlich so viel freier haben wie Sand am Meere ist. Und so ein Glückspilz bin ich nicht, daß ich das große Los ziehen könnte, dachte er.

Und er stieß einen tiefen Seufzer aus. Da sah Eva schnell zu ihm auf und blickte fragend in seine Augen. Einige Augenblicke hielten sich die beiden Augenpaare fest, und dabei stieg Eva das Blut ins Gesicht.

Der Schiffsalzstueck.

Monat von Dr. S. S. S.

(18. Fortsetzung)

Stadthaus Waldenburg.

„Da fällt mir ein, Sifflor, du sprichst doch mit dem Eder über deinen Kommandanten Baron Mamburg. Was ist das für ein Mensch?“

„Zuerst ein anständiger Offizier, ein bishen fruchtbar, doch infolge seiner Vermögenslosigkeit, die, wie ich dir, erst seit einigen Jahren besteht, denn früher soll er ganz begütert gewesen sein. Jetzt muß der arme Herr sehr kümmerlich leben. Ich würde ihn sehr gern helfen, aber ich bin ein armer Mann und würde mich keine Mühe machen, ihn zu helfen. Wie gesagt — er ist fruchtbar, doch in diesem Punkt.“

„Der Stolz der Armen.“ Gerhard mußte an Frede von Waldenburg denken. Nachdenklich sah er eine Meile vor sich hin. Dann sagte er: „Ich frage dich, Sifflor, wie launig dein Bericht über den Baron mit geradem Interesse.“

„Du kannst dir doch denken, Gerhard, daß ich nie einen Menschen in Eder's Gesellschaft bringen würde, von dem ich nicht die beste Meinung hätte.“

„Ich habe es für meine Pflicht, Sifflor, mich nach ihm zu erkundigen. Du weißt, Eder wird viel umhertreiben, weil sie höchst ist in zweiter Linie, in der ersten, weil sie reich ist.“

„Weiß ich, Gerhard“, sagte Sifflor. „Aber du kannst beruhigt sein in diesem Falle. Sie würde nicht Eder nicht schlecht finden, wenn sie sich in Mamburg befindet. Und ich gönne ich meine Schwägerin.“

„Gut, das beruhigt mich. Ich weiß, daß du Eder so lieb ist wie mir.“

„Na, selbstverständlich! Unsere kleine Eder soll doch noch, will's Gott, eine glückliche Frau werden. Mamburg hätte das Zeug dazu, sie glücklich zu machen. Aber ich bin nicht glücklich bei ihm. Und bloß um Geld freien, das macht er auch nicht. Ich weiß, er hätte vor einiger Zeit eine Partie machen können, die man ihm nahegelegt. Aber er hat es nicht fertig gebracht, sich zu verheiraten. Ganz bloß ist er geblieben, als ich mal mit ihm davon sprach. Er sagte mir: Ich möchte es ja tun, Sifflor, weil noch ein anderes Menschenkind an dem meinen hängt. Aber ich kann nicht — es schüttelt mich, wenn ich daran denke, daß ich mich verheiraten — nur bei kaufen soll.“

500 000 Mark enthielt. Der Begleiter des Transports, ein Beamtenstellvertreter, stellte die Waren, statt sie der Militärbehörde zu übergeben, bei einer Expeditionsfirma in der Mühlenstraße ein und stahl den ganzen Transport, indem er einfach die Waren freihändig für eigene Rechnung verkaufte. Der große Kundentrieb, den er bald hatte, erregte jedoch die Aufmerksamkeit der Sicherheitspolizei, der es gelang, noch einen großen Teil der Waren zu beschlagnahmen. Der ungetreue Beamte ist mit dem bisher erlösten Gelde geflüchtet.

Auf dem Stettiner Bahnhof wurden auf Veranlassung des Arbeiter- und Soldatenrates drei Waggon beschlagnahmt, die ehemalige türkische Offiziere nach der Türkei überführen sollten. Die Sicherheitspolizei entdeckte noch rechtzeitig ihr Vorhaben und beschlagnahmte die Wagen. Die Ladung soll unter anderem auch Goldgeld enthalten.

In der Mäule eines Sicherheitsbeamten hat der aus dem Zuchthaus entwichene Klempnergehilfe Lang so erfolgreiche Raub- und Erpresserzüge unternommen, daß er in den wenigen Tagen seit dem Ausbruch der Revolution ein nicht unbedeutendes Vermögen zusammen brachte. Als er gestern von Kriminalbeamten bei einer Streife durch die Verbrecherlokale verhaftet wurde, fand man bei ihm noch 58 000 Kronen österreichischen Geldes und 5000 Mark. Er legte sich anfangs einen falschen Namen bei und gab an, daß er in Dresden beim Ausbruch der Revolution Bahnhofskommandant geworden sei und diese Stellung dazu ausgenutzt habe, um durchreisenden Soldaten österreichisches Geld in Mark umzutauschen. Da er für 100 Kronen nur 23 Mark zahlte, sei er bald ein reicher Mann geworden. Wie aber festgestellt wurde, hat Lang sich eine weiße Armbinde zugelegt und zuerst in Dresden und dann in Berlin in Juwelierläden, Kleidergeschäften usw. Waren beschlagnahmt, die er dann für eigene Rechnung veräußerte.

Falsche Sicherheitsbeamten traten auch in der Meranerstraße zu Schöneberg auf. Sie erschienen dort unter Führung eines Matrosen, um angeblich im dienstlichen Auftrage die Wohnung nach Lebensmitteln zu durchsuchen. Sie nahmen auch alles mit, was sie fanden, und behielten die beschlagnahmten Waren natürlich für sich.

Ein größerer Brottantiendiebstahl wurde gestern in der sechsten Brotkommission in der Plantagenstraße in Steglitz verübt. Um 7 Uhr morgens erschien dort ein Mann in selbstgegrauer Uniform, der der Aufsichtsfrau mitteilte, er sei vom Arbeiter- und Soldatenrat beauftragt, die Bewachung der Brotkommission zu übernehmen. Die Frau öffnete dem Soldaten die Räume, zumal dieser einen gefälligen amtlichen Ausweis mit der Unterschrift Moltenbushs vorlegte. Als einige Zeit später die Angehörigen der Brotkommission erschienen, fanden sie, daß der Soldat die Schränke erbrochen und daraus 15 000 Brotarten gestohlen hatte.

Aus aller Welt.

Für 500 000 Mark Lebensmittel beschlagnahmt.

Ein ganzer Eisenbahntransport gestohlen.

Berlin, 25. November. Ein großes Lebensmittel-lager ist in einem Speicher in der Mühlenstraße aufgefunden und beschlagnahmt worden. Vor einigen Tagen kam in Berlin ein aus sieben Eisenbahnwagen bestehender Transport aus Belgien an, der Markenerbittern, Lebensmittel aller Art, Schokolade, Tabak, Weine usw. im Werte von

und Industrie ausüben?“ steht die „Amichau“ aus. Nähere Bedingungen durch die „Amichau“, Wochen-schrift über die Fortschritte in Wissenschaft und Technik, Frankfurt a. M., Niederrad.

Altwasser. Forderungen der Glasarbeiter. Sonntagabend fanden sich die Glasarbeiter im „Stern“ ein, um Stellung zu nehmen anlässlich der zwischen der Spiegelhütte und ihrer Arbeiterschaft gepflogenen Unterhandlungen. Es wurde in allen Punkten eine Einigung durch die Zugeständnisse der Firmen erzielt auf folgender Grundlage: 8stündige Arbeitszeit, völligen Lohnausgleich, 20prozentige Lohnerhöhung, Extrabergütung der Überstunden mit 50 Prozent, der Sonn- und Feiertagsarbeit mit 100 Prozent.

Aus der Provinz.

Dreslau. Die Ansprüche der Kellner. Die Arbeitsgemeinschaft des Kellnerbundes trat gestern nachmittag zu einer Sitzung zusammen, an der auch Bevollmächtigte der hiesigen gastwirtschaftlichen Vereinigungen teilnahmen. Die Kellner verlangen sofortige Entlassung der Kellnerinnen und die Wiedereinstellung von Kellnern, namentlich derjenigen, die in den betreffenden Lokalen früher gearbeitet haben. Sie fordern ferner ein festes Gehalt von 30 Mk. monatlich bei freier Verpflegung und 90 Mk. ohne Verpflegung, sowie 10 Prozent vom Umsatz. Diese Umsatzprovision soll der Gast zahlen. Wie in der Monatsversammlung des Vereins der Saal- und Konzertlokalinhaber von Breslau und Umgebung mitgeteilt wurde, stehen die Wirte auf dem Standpunkt, daß eine Förderung der Geschäfte nicht stattfinden würde, wenn der Gast einen bestimmten Prozentsatz vom Umsatz zahlen müßte. Die Gastwirte wollen nach Möglichkeit wieder Kellner einstellen und werden sich auch den Forderungen nach festem Gehalt nicht verschließen, sind sich aber über die Höhe desselben noch nicht einig. Die Kellner bestehen auf ihren Forderungen und drohen eventl. mit Zwangsmitteln. Die Vorstände der gastwirtschaftlichen Vereinigungen werden demnächst über diese Fragen zu einer Verhandlung zusammentreten.

Schweidnitz. Strafkammer. Die Weichenkellersche Frau Anna Gabriel aus Altwasser war wegen Vergehens gegen die Getreideordnung und damit verbundenen Wuchers vom Schöffengericht Waldenburg zu 1000 Mk. Geldstrafe und 1 Monat Gefängnis verurteilt worden. Frau G. hatte nämlich einen schwindelhaften Handel mit Mehl, Getreide und sonstigen Lebensmitteln getrieben und sich dafür Wucherpreise zahlen lassen. Auf ihre Verurteilung hin war die Strafe in zweiter Instanz auf 800 Mk. herabgesetzt worden, welches Urteil von der Anklagebehörde durch Revision angefochten wurde. Das Reichsgericht verwies die Sache zur nochmaligen Verhandlung und Entscheidung an die Vorinstanz zurück, doch blieb es bei der bereits festgesetzten Strafe von 800 Mark. — Der in einer Freiburger Buchdruckerei beschäftigte